

Rohith Vemulas Vermächtnis

Kastenlose und Adivasis ringen um Chancengleichheit in der Bildung

Paul Divakar Namal

Beena Pallical

Der Doktorand Rohith Vemula war Mitglied der *Ambedkar Student Association (ASA)*, die sich für die Belange der Studierenden aus den Reihen der sogenannten *Scheduled Castes (SC)* und *Scheduled Tribes (ST)* einsetzen. In Auseinandersetzungen mit Angehörigen der *ABVP (Akhil Bharatiya Vidyarthi Parishad)*, einer rechtsgerichteten Studentenorganisation, die dem hindu-nationalistischen *RSS (Rashtriya Swayamsewak Sangh)* angeschlossen ist, wurde Rohith fälschlich beschuldigt, Gewalt angewendet zu haben. Auf Betreiben von Mitgliedern der Regierung Modi wurden Rohith und vier weitere Mitglieder der ASA von der Universität in Hyderabad (Andhra Pradesh) relegiert. Nach Bestätigung des Ausschlusses ging Rohith in den Freitod, der landesweit Protestwellen und Auseinandersetzungen an den Universitäten auslöste. Das Anliegen der Studenten: Im Gedächtnis an Rohith muss Ausgrenzung (Velivada¹) überwunden werden!

Am 17. Januar 2016 wurde der Dalit Rohith Vemula in den Suizid getrieben, nachdem er unter falschen Vorwürfen der *Central University* in Hyderabad verwiesen wurde, an der er in Bio-Technologie promovierte. Sein Tod löste eine Welle der Aufmerksamkeit auch in der internationalen Presse aus. Vermutlich zum ersten Mal wurde am Beispiel eines Suizids und seiner Vorgeschichte die systematische Ausgrenzungspraxis öffentlich diskutiert. In seinem Abschiedsbrief schrieb Rohith Vemula eindrucksvoll: „Mein Wert als Mensch wurde reduziert auf mein unmittelbares Dasein und meine engsten Möglichkeiten. Auf eine Wählerstimme. Auf eine Nummer. Auf ein Ding. Nie wurde dieser Mensch als bewusstes Wesen behandelt. Als eine wunderbare Sache, geschaffen aus Sterneneinstaub. In allen Bereichen, im Studium, auf den Straßen, in der Politik, im Leben und im Sterben.“² Diese Worte zeugen von den tiefen Traumata vieler junger Menschen, die zu den Dalits oder Adivasis gehören. Sie bleiben marginalisiert und zählen nur für die Statistik.

Rohiths Tod verdeutlicht die grausame Realität der institutionalisierten, sozialen Ausgrenzung und der Verweigerung gegenüber den berechtigten Ansprüchen der Studenten, die eine Ausbildung in diesen Institutionen anstreben. Rohiths kastenbasierte Diskriminierung an einer erstklassigen Hochschule ist kein Einzelfall. Tatsächlich kam es zwischen 2007 und 2013 zu acht Suiziden von Dalitstudenten an derselben Universität.³ Aus diesem Grund wurde das Oberste Gericht des Bundesstaates Andhra Pradesh auch selbst aktiv und bildete eine Kommission aus mehr als 30 Akademiker(inne)n. Die Kommission erarbeitete einen Ursachenkatalog der systemischen Suizide und übergab der Universität eine Liste mit Handlungsempfehlungen. Bis heute wurden jedoch keine Schritte eingeleitet, um den Campus zu einem Ort der Inklusion für alle Gruppen der Gesellschaft zu machen.

Rohiths Freitod steht für das Leid einer ganzen Bevölkerungsgruppe junger, ehrgeiziger Menschen, denen der Zugang zu Hochschulbildung verweigert wird und die keinerlei sozia-

les Kapital besitzt. Viele der jungen Dalits haben extrem schwierige Umstände gemeistert, um es bis zu einem Postgraduiertenstudiengang zu schaffen, der zur Promotion führt. Viele kümmern sich darum, frühzeitig ihre Examen abzulegen, um bald arbeiten und ihre Familien finanziell unterstützen zu können. Auch wollen sie ihre Geschwister dazu inspirieren, sich um einen höheren Abschluss zu bemühen.

Aber alle Bildungseinrichtungen sind belastet durch eine Politik der Benachteiligung aufgrund der Kastenzugehörigkeit ihrer Schüler/-innen und Studierenden. Hierzu gehören Schikanen wegen der Quotenregelung und Lehrer(inn)en, die ihre Studenten nicht achten. Die Situation wird durch die Verweigerung von Stipendien oder die weit verbreitete Verschleppung ihrer Auszahlung noch verschlimmert. Insgesamt werden im Staatshaushalt nur klägliche Mittel für die SC und ST bereitgestellt. Diese Verhaltensweisen treiben den Einzelnen zu drastischen Maßnahmen. So auch Rohith, der schließlich seinem Elend durch den Freitod ein Ende setzte.

Junge Männer in Kerala, Südindien, solidarisieren sich am 7. März 2016 mit Rohith Vemula, dem jungen Dalit, den die institutionell verankerte Diskriminierung in den Freitod trieb.

Fotos: Zuhaiali

Es ist wichtig, sich den Zuschnitt der Universitäten genauer anzuschauen. Dann wird man erkennen, dass viele Lehrstellen, die für Dalits und Adivasis reserviert sind, trotz anderslautender gerichtlicher Anordnungen vakant bleiben. Das zeigt mit aller Deutlichkeit, dass weder der Erleichterung der Studienbedingungen für Dalits und Adivasi noch deren Zugang zum Studium Priorität eingeräumt wird; gleiches gilt für die Schaffung eines für diese Gruppen förderlichen Bildungsklimas an den staatlichen Hochschulen.

Die Situation an Schulen und höheren Bildungseinrichtungen

Unübersehbar wächst in Indien der Grad der Diskriminierung – angefangen von den Grundschulen bis zu den Universitäten. Im Jahr 2010 lag die Einschulungsrate (*Gross Enrollment Ratio* - GER⁴) der SC für die Klassen 1-5 bei 132 Prozent⁵. In den Klassen 6-8 fiel sie auf 92,3, dann auf 70,9 für die Klassen 9-10 und auf magere 38,3 Prozent in den Klassen 11–12. Die GER für die ST fielen entsprechend von 137 über 88,9, 53,3 auf 28,8 Prozent. Diesem Trend sinkender Anteile in den höheren Klassen entsprechen die Raten der Abbrüche (*drop outs*) in den Klassen 1-10, die für die SC bei 56 Prozent und für die ST bei 70,9 Prozent liegen. Mehr als die Hälfte der Kinder aus Dalit- und Adivasifamilien erlangt keinerlei regulären Schulabschluss. Zum Vergleich: Die allgemeine Abbruchquote liegt bei 49,3 Prozent.⁶ Es bedarf daher offensichtlich spezieller Förderungsprogramme für SC- und ST-Schüler/-innen, die auf ihre Herkunft aus einfachen Verhältnissen zugeschnitten sind.



Für die marginalisierten Gruppen der Dalits, Adivasis und anderer Minderheiten eröffnet die höhere Bildung Chancen zum sozialen Aufstieg. Die Einrichtungen der höheren Bildung waren jedoch schon immer die Bollwerke der herrschenden Kasten, die die verwundbarsten sozialen Gruppen an den Rand drängten oder gänzlich ausschlossen. Mit dem Zugang der Dalits wurden die althergebrachten Strukturen in Frage gestellt. Plötzlich war ebendieses Bildungssystem das sie fernhalten wollte dazu herausgefordert, sie zu integrieren.

Im Vergleich zu anderen Gruppen leiden die SC und ST besonders unter einem erschweren Zugang zur höheren Bildung. Verglichen mit dem indischen Gesamtprozentsatz von 23 Prozent studieren unter den SC und ST nur 17,1 beziehungsweise 11,3 Prozent. Die Zugangsraten für Frauen aus den Gruppen der SC und ST liegen noch erheblich darunter. Nur eine geringe Anzahl von Frauen schafft es nach Abschluss der Sekundarstufe in die höheren Bildungsgänge. Die ungleichen Zugangschancen zu höherer Bildung ist damit die wichtigste Ursache für die mangelnde wirtschaftliche Verteilungsgerechtigkeit.

Eine Haushaltspolitik der Einsparungen auf dem Rücken der Dalits und Adivasis

Zur Verringerung der Kluft zwischen den Dalits und Adivasi auf der einen und den übrigen Kasten auf der anderen Seite hatte die indische Regierung eine Haushaltspolitik mit dem Namen *Scheduled Cast Sub Plan* (SCSP) und *Tribal Sub Plan* (TSP) entworfen. Im laufenden Jahr 2016/17 sieht der Haushalt der Zentralregierung jedoch im Rahmen des SCSP nur 7,6 Prozent anstelle von 16,8 Prozent vor, was einer „Einsparung“ (sprich: Verweigerung) von 913 Milliarden Rupien (circa 12 Milliarden Euro) gleichkommt. Der Haushaltsansatz unter dem TSP beläuft sich auf 8,6 Prozent, was auf eine „Einsparung“ von mehr als 750 Milliarden Rupien (circa 10 Milliarden Euro) hinausläuft⁷. Von den circa 9 Milliarden Rupien, die der *University Grants Commission* (UGC) für Stipendien zur Verfügung gestellt wurden, werden von dieser circa 60 Prozent für Kapitalbildung verwendet, 30 Prozent wurden als *Grants-in Aid* für bestimmte Institutionen und Projekte vergeben. Nur circa 8 Prozent werden den Fakultäten für *fellowships* von Postgraduierten und für Studentenunterkünfte zur Verfügung gestellt. Der Haushalt der Zentralregierung



Im Februar 2016 protestierten in New Delhi Menschen gegen die vielfältigen Formen von Diskriminierung, die Rohith Vemula anprangerte. Sein Selbstmord wurde zum Fanal.

Fotos: Joe Athialy

weist demnach keinerlei Vorkehrungen auf, die den Dalits und Adivasis den Zugang zu den ihnen zustehenden Studiengängen sicherstellen könnten.

Die Geschichte von Rohith Vemula beleuchtet auch die Unfähigkeit der Regierung, die Stipendien der SC- und ST-Student(inn)en fristgerecht auszuzahlen, was zum Verlust der Anspruchsberechtigung auf einen Studienplatz führen kann. Diese unzureichende Berücksichtigung der Ansprüche und der herzlose Mitteleinsatz verletzen die Würde und behindern die persönliche Entfaltung der jungen Dalits und Adivasis. Der Mangel an Information, Beratung und Unterstützung in Bezug auf den Zugang zu Ressourcen schränkt die Auswahlmöglichkeiten und Chancen der betroffenen Studierenden ein. Er führt zu Studienabbrüchen - ein deutliches Zeichen des Versagens der zuständigen Behörden und Regierungsstellen.

Darüber hinaus dämpfen die beschränkten Beschäftigungsmöglichkeiten bei öffentlichen Dienststellen und Behörden, die unzureichende Förderung von Existenzgründern und die geringen Beschäftigungschancen im Privatsektor jegliche

Bereitschaft der Dalit- und Tribalfamilien, in die höhere Bildung ihrer Kinder zu investieren.

Die Aufhebung von Velivada

Nun, da das Land den 125. Geburtstag von Dr. B.R. Ambedkar feiert, ist es an der Zeit, sich die Grundfesten der von ihm entworfenen Demokratie ins Gedächtnis zu rufen. Eine Hommage an ihn sollte vor allem darin bestehen, endlich die wesentlichen Richtlinien und Grundsätze der Verfassung zum Schutze jener Bevölkerungsgruppen umzusetzen, die damals vom öffentlichen Leben und staatlichen Leistungen ausgeschlossen waren und es heute weiterhin sind. Der Staat und seine Behörden müssen sich wieder einer affirmativen Bildungs- und Beschäftigungspolitik zuwenden, die den marginalisierten Gruppen wie den Dalits und Adivasis den Zugang zu Dienstleistungen eröffnet, der ihnen versperrt bleibt.

Die unter dem Vorsitz von Dr. Ambedkar von einer Kommission ausgearbeitete indische Verfassung enthält Bestimmungen, die den studierenden Dalits und Adivasis Vorrechte einräumen, um ihre Diskriminierung zu beenden, wie die Reservierung⁸ von Ausbildungs-

und Arbeitsplätzen in öffentlichen Institutionen. Artikel 46, der zu den *Directive Principles*⁹ der Verfassung zählt, trägt dem Staat auf, für die Ausbildung der sogenannten schwächeren Teile (*weaker sections*) der indischen Bevölkerung besondere Sorge zu tragen. Artikel 15 (4), der zu den *Fundamental Rights* (*fundamental rights*) zählt, besagt, dass nichts den Staat davon abhalten darf, spezielle Angebote für die sozial und akademisch benachteiligten Kasten und Klassen, speziell die SC und ST, bereit zu halten. Um es mit Ambedkars Worten zu sagen: „Bildung ist eine soziale und erzieherische Waffe zur Abschaffung der Sklaverei, zur Erlangung wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Freiheit.“¹⁰ Die Zeit für eine Kehrtwende ist gekommen.

Es erscheint geboten, den eingeschränkten Zugang der marginalisierten Bevölkerungsschichten zu höherer Bildung als eine der Hauptursachen für wirtschaftliche Ungleichheit anzuerkennen. Angesichts der bestehenden Ungerechtigkeiten wird es immer wichtiger, die Bildungspolitik im Sinne der Inklusion zu revidieren. Die Steuerungsmaßnahmen in der Bildungspolitik müssen die Barrieren abbauen, die diesen Gruppen den Zugang zu höherer Bildung verwehren. Als Voraussetzung müssen im Rahmen von SCSP und TSP gruppenspezifische Förderungen und Unterstützungsprogramme für die SC und ST entwickelt werden.

Die Ergebnisse der Thorat-Kommission, die 2006 eingesetzt wurde, um Anschuldigungen einer diskriminierenden Behandlung von SC/ST-Studierenden am *All India Institute of Medical Sciences* (AIIMS) zu untersuchen,

zeigen deutlich die soziale Isolation, die Studierende der marginalisierten Gruppen in jeder Hinsicht erfahren. Festgestellt wurden sowohl Benachteiligungen, die vom Lehrkörper ausgingen, als auch Diskriminierungen durch Kommilitonen in den Kantinen und Wohnheimen. Der Abschlussbericht der Kommission¹¹ enthält eindringliche Empfehlungen zur Verbesserung der Situation in diesen Einrichtungen, aber wenig ist bislang geschehen. Die Umsetzung dieser Empfehlungen ist zur Vermeidung weiterer Ausgrenzung von studierenden Dalits und Adivasis unbedingt erforderlich.

Das *University Grants Committee* (UGC -Zuschussbewilligungsgremium) hat eine *Policy* mit dem Ziel entworfen, der Diskriminierung in der höheren Bildung zu begegnen. Seither hat sich kaum etwas Wesentliches auf den Campussen der Colleges und Universitäten verändert. Die Gleichstellungsteams (*equal opportunity cells*)¹², die 2012 vom UGC zur Steigerung der Studierendenvielfalt und zur Bekämpfung von Benachteiligungen initiiert worden sind, sollten nunmehr an jedem College und an jeder Universität ihre Arbeit aufnehmen.

Es ist notwendig, sowohl den SCSP wie den TSP zu überarbeiten und geeignete Mechanismen in der höheren und technischen Bildung zu etablieren, mit denen die betroffenen Gruppen direkt erreicht werden. Zusätzlich bedarf es einer umfassenden Gesetzgebung zur Antidiskriminierung auf dem Campus, eines „Rohith-Gesetzes“ (*Rohith Act*), mit dem allen Formen der sozialen Exklusion, der Ungleichheit, der Ausgrenzung und Diskriminierung wirksam und nachhaltig begegnet werden kann, denen Schüler/-innen und Studierende aus den Reihen der SC und ST auf allen Ebenen des Bildungssystems – von der Vorschulerziehung bis zur höheren Bildung – ausgesetzt sind. Auf diese Weise muss in den Bildungseinrich-

tungen im ganzen Land ein Lernklima geschaffen werden, das den Studierenden der SC und ST ein faires und gleichberechtigtes Studieren ermöglicht.

Aus dem Englischen übersetzt von Hanns Wienold

Zu den Autoren:

N. Paul Divakar ist Dalit- und Menschenrechtsverteidiger. Er leistet marginalisierten Gruppen Rechtsbeistand und kämpft mit großer Überzeugungskraft für die Durchsetzung ihrer rechtlichen Gleichstellung. Besonders die Themen Gender und Kaste, finanzielle Rechenschaftspflicht, Transparenz und Partizipation stehen auf seiner Agenda. Er ist einer der Gründer der *National Campaign on Dalit Human Rights* (NCDHR). Momentan fungiert Divakar als Generalsekretär des *Dalit Arthik Adhikar Andolan*-Programms (=Bewegung für die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Dalits) der NCDHR und als Vorsitzender des *Asia Dalit Rights Forum*.

Beena Pallical ist ebenfalls bei der *National Campaign on Dalit Human Rights* (NCDHR) tätig und leitet das Programm *Dalit Arthik Adhikar Andolan*. Außerdem koordiniert sie eine Initiative, die Dalitfrauen dabei unterstützt, Zugang zu staatlichen Haushaltsmitteln und politischer Teilhabe zu erhalten.

Anmerkungen:

¹ *Velivada* bedeutet in der südindischen Sprache Telugu einen Ort, der ausgegrenzt ist. Die meisten Dörfer haben „Kolonien“, in denen Gemeinschaften von Dalits leben, die aus dem Kastensystem ausgegrenzt sind. Sie werden als „unrein“ angesehen und deshalb „draußen“ gehalten. Sie besitzen keine eigenen Ressourcen, kein eigenes produktives Eigentum und sind meist gezwungen, in Armut zu leben.

² „*My birth is my fatal accident*“ („Meine Geburt ist mein Verhängnis“): <http://indianexpress.com/article/india/india-news-india/dalit-student-suicide-full-text-of-suicide-letter-hyderabad>

³ *Nine student suicides in 10 years*; <http://timesofindia.indiatimes.com/city/hyderabad/Nine-student-suicides-in-10-years/articleshow/50632151.cms>

⁴ GER (*gross enrolment ratio*) = Zahl der tatsächlichen Schüler/-innen oder Studierenden / Zahl der potenziellen Schüler/-innen oder Studierenden (AdÜ).

⁵ Eine Rate von über 100 Prozent ist möglich, wenn in den entsprechenden Klassen Schüler und Schülerinnen Schuljahre wiederholen mussten oder auch Kinder aus jüngeren oder älteren Jahrgängen gemeinsam sitzen (AdÜ).

MHRD, 2012. *Selected Educational Statistics 2010–11*. New Delhi: Government of India

⁶ Union Budget 2016–17–The Dalit Adivasi Perspective; http://www.ncdhr.org.in/Dalitsinnews/Final_Budget_Watch_2016-17_Union.pdf

⁷ Die in der Verfassung verankerte Reservierung von Plätzen im staatlichen Bildungs- und Beschäftigungssystem sieht seit dem Vorschlag der Mandal-Kommission aus dem Jahr 1992 15 Prozent der Plätze für Angehörige der SC und 7,5 für ST vor. Mit den sog. other backward classes wurden weitere Gruppen (Kasten/Klassen) in das Reservierungssystem einbezogen, das nach wie vor umstritten ist und die Gemüter erregt (AdÜ).

⁸ Die *directive principles* der Indischen Verfassung sind nicht einklagbare Verpflichtungen des Staates, die durch Gesetzgebung umgesetzt werden sollen. Die *fundamental rights* können dagegen gerichtlich durchgesetzt werden (AdÜ).

⁹ Dr. Lulekar Pralhad. *Anant Pailuncha Samajik Yoddha*, (trans) Pune, Sayas publication, 2011, page 77.

¹⁰ *Prof. Thorat Committee Report on Caste Discrimination in AIIMS*, New Delhi (2007); <https://thedeathofmeritinindia.wordpress.com/2011/05/17/prof-thorata-committee-report-on-caste-discrimination-in-aiims-new-delhi-2007/>

¹¹ *Guidelines for Scheme of Equal Opportunity Centre for Colleges XII Plan* (2012–2017), http://www.ugc.ac.in/pdfnews/7894390_equal-opportunity-cell.pdf